

5. Kostenfreie Abgabe von Atemschutzmasken im Kanton Zürich

Postulat Leandra Columberg (SP, Dübendorf), Andreas Daurù (SP, Winterthur) und Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 25. März 2019

KR-Nr. 270/2020, Antrag auf Dringlichkeit

Ratspräsident Roman Schmid: Leandra Columberg, Dübendorf, und Mitunterzeichnende haben ein Postulat betreffend kostenfreie Abgabe von Atemschutzmasken im Kanton Zürich eingereicht und gleichzeitig den Antrag auf Dringlichkeitsklärung gestellt. Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden. Die Redezeit zur Dringlichkeit beträgt zwei Minuten.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Diese Pandemie (*Covid-19-Pandemie*), so sehr wir uns das auch wünschen, wird so bald nicht weg sein. Das Corona-Virus wird uns noch eine ganze Weile lang beschäftigen, so auch die Maskenpflicht im ÖV. In gewissen Kantonen und Nachbarkantonen wurde die Maskenpflicht bereits auch in anderen öffentlichen geschlossenen Räumen ausgeweitet, insbesondere in Läden und Shoppingcentern. So schlägt es auch die Swiss National Covid-19 Science Task Force vor.

Ja, diese Massnahmen sind, sofern sie im Rahmen des Pandemieverlaufs notwendig sind, zu begrüssen, aber ohne die gesellschaftliche Akzeptanz dazu, nützen die Massnahmen wenig. Wenn die Menschen Einwegmasken dutzende Male wiederverwenden oder nicht zertifizierte Masken nutzen, ist die Wirkung relativ begrenzt. Es gilt also die Akzeptanz und Zugänglichkeit zu den Masken zu stärken. Zum einen geschieht dies natürlich durch transparente und schlüssige Kommunikation, aber auch der finanzielle Aspekt ist nicht zu unterschätzen, denn diese Masken können durchaus eine finanzielle Belastung bedeuten. Wenn die ganze Familie regelmässig zur Schule und zur Arbeit pendeln muss, dann sind die Masken für einige im Budget schmerzhaft spürbar. Deshalb fordert dieses Postulat ein Konzept für eine kostenlose und kontrollierte Abgabe von Masken für die Bevölkerung des Kantons. Und es ist auch absolut umsetzbar, wie einzelne Gemeinden im Kanton Zürich zeigen, die bereits Massnahmen zur Abgabe von Masken beschlossen haben. Oder: Der Kanton Basel-Stadt verschickt Maskengutscheine, die man in der Apotheke einlösen kann. Es gibt also zahlreiche Möglichkeiten, und der Regierungsrat ist in der Umsetzung ziemlich frei und kann auf die Situation und den Kanton passende Lösungen finden. So viel zur Sache.

Aber heute geht es ja eigentlich erst um die Dringlichkeit, und hier sollten wir uns wohl alle einig sein. Es macht wenig Sinn, dieses Postulat in ein, zwei Jahren zu behandeln. Das sollte jeder und jedem mit gesundem Menschenverstand bewusst sein. Also stimmen Sie bitte dem Dringlichkeitsantrag zu. Und an die Kolleginnen und Kollegen, die ein soziales Gewissen haben und doch noch mit der Zustimmung zum Postulat zaudern: Gehen Sie bis zur Behandlung nochmals über die Bücher und versetzen Sie sich in die Lage der zahlreichen Menschen in diesem Kanton, für die die Kosten für die Masken eben keine Peanuts sind. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Redezeit zwei Minuten beträgt. Sie erhalten 30 Sekunden vor Abschluss der Redezeit ein Signal meinerseits.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die SVP-Fraktion wird die Dringlichkeit und auch das Postulat nicht unterstützen.

Eine kontrollierte, kostenlose Abgabe von Atemschutzmasken führt nicht zu mehr Akzeptanz der Massnahme, sondern eher zu geringerer Wertschätzung: Mehr Verschleiss, mehr Verbrauch, entsprechende Umweltdelikte, vermehrtes Littering, die Maske ist nichts mehr wert, man bekommt sie ja kostenlos oder gratis und man kann sie nach Gebrauch liegenlassen. Die kontrollierte Abgabe würde nach sozialistischem Vorbild auch verhindern, dass Reiche partizipieren könnten, so zum Beispiel Mitglieder des Kantonsrates, weil die ja zu reich sind, um Masken kostenlos zu bekommen. Sie werden also sehen, das Postulat fordert ein Konzept. Das Konzept ist in der Kompetenz der Regierung. Es wird mit einer Stellungnahme der Regierung mit einem Bericht abschliessend spätestens nach einem Jahr hier nochmals behandelt. Sie können das unterstützen oder nicht. Die SVP-Fraktion wird es ablehnen und die Dringlichkeit nicht unterstützen.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Gemäss unseren Informationen befasst sich der Krisenstab «Covid-19» bereits aktuell mit dieser Frage betreffend Abgabe von Atemschutzmasken. Der Kantonsrat ist sowohl aus zeitlichen Gründen wie auch betreffend Konzept und Umsetzung ein falscher Ort. Wer festlegt, wo und wann eine Maskenpflicht besteht, muss auch die Abgabe sicherstellen und die entsprechenden Rahmenbedingungen festlegen.

Die FDP lehnt die Dringlichkeit ab.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Aktuell haben wir über sechs Wochen Erfahrung mit der Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr. Es hat sich gezeigt, dass das gut funktioniert: Passagiere ohne Masken sind die ganz grosse Ausnahme. Die Menschen haben sich organisiert, und das Maskentragen ist nicht von der kostenlosen Abgabe abhängig. Es funktioniert, weil es für fast alle Menschen selbstverständlich ist, die Vorgaben einzuhalten. Sie handeln eigenverantwortlich und vernünftig.

Masken sind über viele Verkaufskanäle und in genügender Menge erhältlich. Der Preis für Wegwerfmasken ist im Frühling gestiegen auf über einen Franken pro Stück und seither wieder gefallen auf teilweise unter 50 Rappen. Waschbare Stoffmasken gibt es als zertifizierte Modelle zum Preis von rund zehn bis fünfzehn Franken pro Stück. Stoffmasken sind also schon nach einigen Wochen günstiger als Wegwerfmasken. Wenn jede Schweizerin und jeder Schweizer durchschnittlich jeden zweiten Tag eine Einwegmaske verbrauchen würde, so gäbe das 5300 Tonnen Abfall pro Jahr, im Kanton Zürich rund 920 Tonnen. Dieser Abfall soll vermieden oder zumindest stark reduziert werden.

Es stellt sich die Frage der Finanzierung: Eine Alltagsmaske gehört in die gleiche Kategorie wie Kleider oder Hygieneprodukte; man deckt sich selbst ein. Es ist

nicht der Staat zuständig. Eine kostenlose Abgabe ist der falsche Weg. Was gratis ist, wird verschwendet. Aber: Es gibt Leute, die sich das nicht leisten können, einmalig 100 Franken für Masken auszugeben – das ist das Maximum, das notwendig ist –, nämlich Sozialhilfeempfänger, Wenigverdiener und Sans-Papiers. Diese Leute sind zu unterstützen.

Die Grünliberalen unterstützen deshalb weder das Postulat noch die Dringlichkeit.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich): Es tönt eigentlich gut: Maskentragen ist Pflicht und wichtig für die gesamte Bevölkerung. Es gibt im reichen Kanton Zürich eine bedeutende und durch die Corona-Krise zunehmende Anzahl von Menschen, die in prekären Verhältnissen leben.

Seit dem 6. Juli besteht die Maskenpflicht. Die Angst, dass sich die Menschen aufgrund der bundesrätlichen anspruchsvollen Kommunikation, oder weil es zu teuer wäre, nicht daran halten, war unbegründet. Ihr schlagt eine Lösung für ein Problem vor. Doch das Problem, dass Menschen keine Masken tragen, existiert nicht. Und die Lösung würde aus umwelt- und gesundheitspolitischer Sicht neue Probleme schaffen. Die SKOS (*Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe*) hat den Gemeinden empfohlen, den Sozialhilfebeziehenden die Masken gratis abzugeben. Mir ist bis heute keine Zürcher Gemeinde bekannt, die sich nicht daran hält. Es werden Gratismasken abgegeben oder gegen Quittung vergütet, auch bei den Zusatzleistungen werden Masken pauschal vergütet. Und nicht nur die Caritas-Läden, sondern auch bei Coiffeuren und in anderen Geschäften werden Masken zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle ein Dankeschön auch an das Gewerbe, das ja trotz schwierigen Zeiten Verantwortung mitträgt.

Aus unserer Sicht ist es darum umweltpolitisch nicht zu verantworten, eine Verschwendungsflut von Masken zu produzieren. Ein Littering von Masken in öffentlichen Räumen wäre wiederum ein gesundheitliches Risiko für die gesamte Bevölkerung. Nur weil wir es in unserem reichen Land, in unserem reichen Kanton leisten könnten, ein Produkt gratis abzugeben, ist es noch nicht legitim, diese Ressourcen zu verschwenden. Wir werden im Herbst und Winter viel mehr Masken brauchen – nicht nur in der Schweiz. Wir lehnen deshalb dieses Postulat schon heute ab und auch die Dringlichkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SP und AL, ich bin damit einverstanden, es ist unwürdig, wie viele Menschen in unserem Kanton in prekären Verhältnissen leben müssen und sich massiv verschulden. Wir werden da sein, diese Menschen zu unterstützen. Wir müssen sichtbar machen, wie viele Menschen ohne Wohnsitz und ohne Krankenversicherung in unserem Kanton leben. Danke.

Josef Widler (CVP, Zürich): Die Dringlichkeit ist ja schon vorbei. Am 7. Juli musste man sich Überlegungen machen, wie man mit diesen Masken umgeht. Diese Überlegungen wurden gemacht, die Dringlichkeit ist hinfällig. Auf das Littering möchte ich gar nicht eingehen.

Die CVP wird diese Dringlichkeit ablehnen. Und ich nehme an, dass man dann das Postulat zurückziehen wird, weil in zwei Jahren wird es niemanden mehr interessieren.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Kaum wurde dieser Vorstoss eingereicht, stand schon in den Medien, dass die Caritas Armutsbetroffenen 100'000 Gratismasken zur Verfügung stellt. Laut Milchbüchlein-Rechnung ist zumindest diese Zahl notwendig, wenn man die Masken korrekt anwenden will und nicht, wie vorhin vorgeschlagen, eine Einwegmaske mehrere Tage behält – das ist nämlich nicht der Sinne der Sache. Man kann sich auch darüber streiten, wie oft man eine Stoffmaske waschen muss. Bei richtiger Anwendung geht das Ganze ins Geld. Zurzeit rechnet man damit, dass bei einer vierköpfigen Familie für Einwegmasken Kosten von bis zu 200 Franken monatlich entstehen, wenn man diese korrekt anwendet und bei jedem Arbeitsweg, bei jeder Fahrt eine neue Maske nimmt.

Wie auch schon ausgeführt: Zum Glück reagieren die Institutionen wie Caritas und so weiter bereits. Da kann man ansetzen und sich Gedanken machen, wie bei Bedürftigen Abhilfe geschafft werden kann, sei es mit der Abgabe von Gratismasken, einer gezielten Abgabe, auch eine Rückerstattung eventuell über die Prämienerbilligung wäre möglich. Aber auch der ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) könnte tätig werden: Man könnte Masken in jedem Bahnhof verteilen. Es gäbe Möglichkeiten und man sollte sich zumindest Gedanken darüber zu machen, wie man den Bedürftigen helfen könnte.

Die Dringlichkeit ist gegeben, weil die Maskenpflicht schlichtweg jetzt gilt und nicht erst in drei Jahren. Besten Dank.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Man kann ein Postulat auch absichtlich falsch verstehen. Gewisse Argumente machen schlicht keinen Sinn: Weshalb sollte es zu mehr Littering kommen, wenn Leute Masken tragen, die sie jetzt schon tragen müssen? Ich glaube, viele von Ihnen gehen von Ihrer eigenen Lebensrealität aus. Aber Masken, wenn man diese korrekt handhaben will, wenn man sichergehen will, dass man entweder zertifizierte Mehrwegmasken – von denen man übrigens auch mehrere braucht – oder sichere Einwegmasken verwendet, diese Masken müssen regelmässig gewechselt werden. Das ist mit Kosten verbunden. Für sehr viele Menschen in diesem Kanton ist das nicht nichts.

An die Kolleginnen und Kollegen der Grünen: Nirgends im Postulat steht, es müssen Einwegmasken sein. Es kommt eben auf die Umsetzung des Postulats an. Ich finde es einfach sehr schade, dass der Wille, hier einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der Akzeptanz in der Bevölkerung zu leisten, nicht genutzt wird. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen. Wir stellen fest, ob dieses Quorum erreicht wird.

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 39 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Das Geschäft kommt als gewöhnliches Postulat auf die Traktandenliste.

Das Geschäft ist für heute erledigt.